



## DER AUTOR



### Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit dem 1. April 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

## MORAL DER FINANZWELT

### Gier und Neugier

Alle haben es gewusst. Blasen müssen platzen. Irgendwann, nur wann genau? Mitte Juli war es dann soweit. Und viele Anleger verloren viel Geld. Bilder aus den USA zeigen, wie Kathy und Jim die Hypotheken für ihr Eigenheim in Mid-West nicht mehr bedienen können – einem Eigenheim, das sie mit sehr wenig eigenem und sehr viel fremdem Geld gekauft hatten, um dann den scheinbaren Wertzuwachs des Hauses gleich für noch einmal höhere Konsumkredite zu nutzen – ein für Schweizer kaum verständliches Verhalten.

**Amerikanische Funds und Kreditinstitute kommen in Not – Institute, deren Finanzgebaren, Buchführung und Kontrolle durch Finanzaufsichtsbehörden nichts, aber auch wirklich nichts mit der Ernsthaftigkeit und dem Geschäftsmodell schweizerischer Banken zu tun haben.**

In Deutschland stehen vereinzelt Führungskräfte einiger weniger Banken in der Kritik. Sie hätten vor lauter Gier nach Gewinn das Risiko der Verluste aus den Augen verloren. Tragisch, wenn nicht gelegentlich sogar scheinheilig ist, dass die Kritik nicht selten von denselben Anlegern vorgetragen wird, die – richtigerweise – von den Finanzhäusern maximale Gewinne verlangten, nun aber – fälschlicherweise – vergessen, dass höhere Gewinne eben nur um den Preis höherer Risiken zu haben sind.

Es kann nicht darum gehen, Verluste zu bagatellisieren. Es ist richtig, dass sich auch in Deutschland und möglicherweise auch in der Schweiz Banken massiv verspeku-

liert haben. Sie haben auf der Suche nach hohen Renditen an internationalen Märkten mitgespielt und dabei die Risiken unterschätzt. Sie haben mit kurzfristigem Geld langfristige Geschäfte finanziert. Nun fehlt es an Liquidität. Hilfspakete müssen geschnürt werden. Bei der Sachsen LB haften der Freistaat Sachsen und die Sparkassen für das Großdarlehen von über 17 Milliarden Euro, bei der Industriebank IKB musste die Staatsbank KfW zusammen mit anderen Banken einspringen. Damit ist auch der Steuerzahler in Mitleidenschaft gezogen. Einmal mehr spielt er im einen oder anderen Fall, mehr oder weniger ungefragt den letzten Retter. Das kann, das darf nicht sein.

**An der Stelle lässt sich auch eine für schweizerische Verhältnisse wichtige Lehre ziehen: die Folgen der amerikanischen Finanzkrise in Deutschland offenbaren ein Staatsversagen und kein Marktversagen.**

Offensichtlich wird, wie sehr gerade öffentlich-rechtliche Finanzinstitute gefährdet sind, zu rasch zu große Risiken einzugehen, weil sie – wie sich nun eben berechtigterweise gezeigt hat – erwarten, dass im Notfall der Staat und damit die Steuerzahler als letzter Hafen Hilfe gewähren. So stellt sich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Schweiz die Frage nach der Rolle der öffentlich-rechtlichen Banken.

**Öffentlich-rechtliche Banken können enorm wichtige Aufgaben wahrnehmen. Dazu gehört aber sicher nicht die Maximierung der Gewinne. Wenn es um Gewinne geht, finden sich in einem mit priva-**

**ten Banken reichlich ausgestatteten Land immer private Anbieter. Dann braucht es keine Staatsbanken.**

Öffentlich-rechtliche Finanzinstitute sind jedoch für jene Kreditgeschäfte notwendig, für die es keine privaten Lösungen gibt, die aber aus politischen Gründen finanziert oder unterstützt werden sollen. Das trifft bei Geschäften mit keinen oder nur geringen Gewinnerwartungen zu, die aber dennoch von übergeordnetem, politisch festgelegtem öffentlichem Interesse sind – also beispielsweise die Vergabe von Kleinstkrediten für das lokale Gewerbe.

Die Finanzkrise provoziert viele, mit der Moralkeule zuzuschlagen. „Gier braucht Grenzen“ lautet ihr Motto. Andere sind der Meinung, neue Gesetze seien erforderlich. Sie sollen verhindern, dass sich ähnliche Krisenszenarien wiederholen. Richtig ist, dass mehr Transparenz nie schaden kann. Deshalb ist es vernünftig, von Finanzinstituten weitreichende Rechenlegungs-, Informations- und Offenlegungspflichten einzufordern. So können sich Investoren aber auch Kleinanleger ein Bild von erhofften Gewinnen und zu erwartenden Risiken machen.

**Naiv ist es jedoch, sich bei der Auswertung der Daten einseitig auf Ratingagenturen zu verlassen. Aktienkurse bleiben unberechenbar.**

Börsianer irren sich und machen gewollt oder ungewollt Fehler. Niemand, der auf den Finanzmärkten mitspielt, darf Unkenntnis als Vorwand für Versagen und Misserfolg vorschieben. Unwissenheit

schützt nicht. Alle müssen und sollen wissen, dass sie im Guten wie im Schlechten für ihr Tun und Handeln, für Erfolg und Misserfolg eigenverantwortlich sind.

Wer Risiken eingeht, soll nicht nur im positiven Falle die Gewinne einstreichen. Im negativen Falle soll er auch für die Verluste haften. Weder der Staat durch steuerfinanzierte Nothilfen, noch die Notenbanken durch kurzfristige Liquiditätshilfen oder Zinssatzsenkungen sollen den privaten Investoren aus der Patsche helfen. Wer sich die Suppe durch heiße Spekulationsobjekte einbrockt, soll auch selber die Folgen auslöffeln. Bei öffentlicher Unterstützung werden die Spekulanten belohnt und die vorsichtigen Anleger bestraft. So wird künftiges Fehlverhalten erst recht provoziert.

**Richtig ist auch, dass Märkte gesetzliche Spielregeln benötigen. Nur so können sie optimal funktionieren. Unabhängige und deshalb staatliche Finanzaufsichtsbehörden sollen das Geschäftsgebaren prüfen und Fehlverhalten sanktionieren.**

Gerade in Deutschland wie auch in der Schweiz haben die staatlichen Aufsichtsorgane ihre Aufgaben sehr gut wahrgenommen. Wer glaubt, staatliche Finanzaufsichtsbehörden bräuchten nur genügend Kompetenzen, dann liessen sich Finanzkrisen verhindern, unterliegt einer Regulierungssillusion. Spekulationsblasen hat es immer gegeben und es wird sie immer geben. Sie sind untrennbar mit dem Finanzkapitalismus verbunden. Krisen lassen sich nicht verhindern – nicht durch Gesetze und auch nicht durch die Politik. Krisen gehö-

ren zu Märkten. Sie sind Bausteine auf dem Weg des Fortschritts von guten zu besseren Lösungen. Sie helfen, aus Fehlern zu lernen und klüger zu handeln.

Weder strengere Gesetze noch schärfere Kontrollen können menschliches Fehlverhalten und Fehlentscheidungen verhindern. Sie können auch nicht ein tugendhaftes Verhalten erzwingen. Gier und Neugier gehören zu den Grundlagen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Gier nach Gewinn stimuliert die Neugier. Sie lässt Menschen nach neuen und besseren Ideen suchen. Niemand weiss im Voraus, wer Erfolg haben und wer scheitern wird. Die nächste Krise kommt bestimmt, nur wann, wird erst bekannt sein, wenn es für viele zu spät ist. Deshalb ist der Weg zum Ziel im Kapitalismus mit Konkursen und Verlusten gepflastert. Und dennoch ist kein anderes Wirtschaftssystem bei der Suche nach klugen Lösungen für komplexe Probleme auch nur annähernd so erfolgreich wie der Kapitalismus. Das Wechselspiel von Freiheit, Verantwortung und Haftung hat allen Krisen zum Trotz zu mehr Wohlstand für mehr Menschen geführt. So unverständlich es angesichts der aktuellen Ereignisse auch sein mag: je mehr Führungskräfte durch Gesetze gebunden und geknebelt werden, um so weniger fühlen sie sich moralisch für ihr Verhalten verantwortlich, weil sie sich vor allem als Ausführende weniger aber als Anführer verstehen. Das aber ist der Anfang vom Ende einer marktwirtschaftlich organisierten liberalen Gesellschaft.

*Dieser Beitrag ist am 8. September 2007 in »Finanz und Wirtschaft« erschienen.*